

PRESSEMITTEILUNG

Drei Jahre nach dem 7. Oktober: Jüdisches Leben braucht sichere soziale Räume

Jüdischer Wohlfahrtsverband fordert Bund, Länder und Kommunen auf, jüdische soziale Infrastruktur zu stärken und den Diskriminierungs- und Gewaltschutz in Bildung, Versorgung und öffentlicher Daseinsvorsorge auszubauen.

***Frankfurt am Main, 6. Oktober 2026.** Drei Jahre nach dem terroristischen Anschlag der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 wirken dessen Folgen für Jüdinnen und Juden in Deutschland unvermindert fort. Diskriminierung, Ausschluss und Gewalt reichen in zahlreiche Bereiche des Alltags. Besonders gravierend sind die Auswirkungen dort, wo Menschen auf Institutionen, Arbeitsverhältnisse, Wohnraum oder Versorgungsstrukturen angewiesen sind und diesen nicht ohne Weiteres ausweichen können.*

Antisemitische Erfahrungen betreffen öffentliche und digitale Räume, Arbeitsplätze, Bildungseinrichtungen und die medizinische Versorgung ebenso wie das persönliche soziale Umfeld. Damit wird nicht nur das Sicherheitsgefühl beeinträchtigt, gesellschaftliche Teilhabe selbst wird eingeschränkt. Der [Abschlussbericht der bundesweiten Studie zu den „Auswirkungen des 7. Oktober auf jüdische und israelische Communities in Deutschland“](#) von Marina Chernivsky (KOAS), Friederike Lorenz-Sinai (IRex, Universität Tübingen), Sophia Hoppe und Hanne Balzer, gefördert durch die Antidiskriminierungsstelle des Bundes, belegt, wie weitreichend diese Entwicklung ist.

Als sozialer Dachverband der jüdischen Gemeinden und Landesverbände in Deutschland richtet die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST) den Blick insbesondere auf Menschen in strukturellen Abhängigkeitsverhältnissen. Wer auf ein existenzsicherndes Arbeitsverhältnis oder bezahlbaren Wohnraum angewiesen ist, kann einem antisemitischen Umfeld nicht einfach durch einen Arbeitsplatz- oder Wohnungswechsel entgehen. Eltern können Schulen oder Kitas ihrer Kinder nicht immer frei wählen oder verlassen. Ältere und pflegebedürftige Menschen sowie Menschen mit Behinderung sind auf verlässliche Pflege-, Gesundheits- und Unterstützungsstrukturen angewiesen.

Antisemitismus in solchen Abhängigkeitsverhältnissen hat eine besondere Tragweite. Die Frage nach Schutz vor Antisemitismus ist damit unmittelbar eine Frage sozialer Sicherheit und gesellschaftlicher Teilhabe.

Jüdische soziale Infrastruktur ist unverzichtbar

Für viele Betroffene gehören Angebote jüdischer Gemeinden, Landesverbände und Organisationen zu den wenigen geschützten sozialen Räumen. Sie bieten nicht nur physische Sicherheit, sondern ermöglichen Stabilisierung, sowie die Wiederherstellung gesellschaftlicher Teilhabe. Eine Versorgungsinfrastruktur in jüdischer Trägerschaft existiert jedoch nicht flächendeckend. Gleichzeitig müssen jüdische Organisationen erheblichen Aufwand betreiben, um ihre eigenen Einrichtungen physisch und digital zu schützen.

Diese Strukturen zu stärken, darf jedoch nicht bedeuten, den Rückzug jüdischen Lebens aus der Gesamtgesellschaft hinzunehmen. Schulen, Kitas, Hochschulen und Arbeitsplätze ebenso wie Wohnraum, Gesundheits-, Pflege- und Unterstützungsstrukturen müssen für Jüdinnen und Juden diskriminierungsfrei und sicher sein.

Bund, Länder und Kommunen müssen Verantwortung übernehmen

Drei Jahre nach dem 7. Oktober darf diese Situation nicht länger als vorübergehender Ausnahmezustand behandelt werden. Die ZWST fordert Bund, Länder und Kommunen auf,

- die selbstorganisierte soziale Infrastruktur der jüdischen Gemeinschaft langfristig und bedarfsgerecht zu stärken und ihren physischen und digitalen Schutz sicherzustellen;
- Diskriminierungs- und Gewaltschutz gerade dort verbindlich auszubauen, wo Menschen von Einrichtungen, Leistungen, Arbeits- oder Wohnverhältnissen abhängig sind;

Wenn sich die sozialen Räume immer weiter verengen, drohen Rückzug und der Verlust gesellschaftlicher Teilhabe. Diese Teilhabe zu gewährleisten, darf nicht allein Aufgabe jüdischer Communities sein. Sie ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Kontakt: oeffentlichkeitsarbeit@zwst.org